V-14

Recht auf Nahrung sichern und Spekulationen stoppen – jetzt mit der Agrarwende für Ernährungssouveränität sorgen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Antragsteller*in:	Martin Häusling (KV Schwalm-Eder)
Tagesordnungspunkt:	V Verschiedenes

Antragstext

Der Angriffskrieg der Russischen Föderation gegen die Ukraine hat deutlich gemacht, wie anfällig das globale Ernährungssystem ist. Durch den weitgehenden Ausfall der ukrainischen Getreidelieferungen haben sich Preisspekulationen massiv zu einer globalen Hungerkrise verschärft. Die Klimakatastrophen durch Dürren und andere Wetterextreme sind in großen Teilen der Welt ein zweiter massiver Treiber der Ernährungskrise. Peter Maurer, Präsident des Internationalen Roten Kreuzes, stellt bereits heute fest, dass 16 von 25 Einsatzgebieten des Roten Kreuz einen Bezug zum Klimakrise haben.

Nicht nur der Mangel an ausreichendem Getreide sorgt für Hunger, sondern hohe Preise machen aus Armut Hunger, denn die Spekulationen auf den Agrarmärkten sind für einen Teil der extremen Preisanstiege verantwortlich. Expert*innen schätzen, dass eine Preissteigerung von 30% allein auf Spekulation zurückzuführen ist. Die Liberalisierung der Agrarmärkte hat dazu geführt, dass wenige private Unternehmen Zugriff auf die Getreidereserven haben und es kaum öffentliche Lagerhaltung gibt. So kontrollieren ADM Archer-Daniels Midland, Bunge Ltd, Cargill und Louis Dreyfus Co. und Glencore, zwischen 70 und 90 % des globalen Getreidehandels und somit auch dessen Preisgestaltung. In Europa existieren so gut wie keine staatlichen Getreidereserven mehr. Sowohl die USA als auch Europa haben keine ausreichenden Regeln für die Begrenzung von Spekulationen mit Nahrungsmitteln.

Weitere Krisengewinnler sind die Produzenten von mineralischen Düngemitteln. Die Abhängigkeiten von der Industrie im Agrarbereich, mit eine der Ursachen der ungleichen Verteilung, der Preissteigerungen und Verknappung von Getreide in einzelnen Regionen der Welt, müssen dringend reduziert werden. Die massiven Schäden in der Natur durch die intensive Nutzung der Böden und der Wasserkreisläufe kommt hinzu. Intensive Produktion mit chemisch-synthetischen Betriebsmitteln schadet Böden und Wasser. Wir müssen stattdessen klimaresiliente, diverse agrarökologische Anbausysteme – auch international - stärker fördern.

In Europa wandern 60% des Getreides in den Futtertrog, gehen 20% in die Agrotreibstoffproduktion (E10, Ethanol, u.a.) und Industrie. Nur 20% des Getreides dienen der direkten menschlichen Ernährung. Solange wir in Europa so verschwenderisch mit Getreide umgehen, tragen wir zur Verschärfung der globalen Ernährungskrise bei.

Deshalb brauchen wir dringend ein Agrar- und Ernährungswende, die langfristig unter verschärften Klimabedingungen die Ernährung sichert. Dazu gehören zum Beispiel

agrarökologische Anbaumethoden, freier Tausch von Saatgut, Bodenschutz und Humusaufbau und
die Förderung von kleinbäuerlicher Produktion und Vermarktung im Globalen Süden. Der Teller - statt Trog, Tank und Tonne - muss Vorrang in der globalen Getreideproduktion haben.
Lebenswichtige Ressourcen wie Nahrungsmittel oder Wasser dürfen keine krisenverschärfenden Spekulationsobjekte sein.

Bündnis 90/ Die Grünen fordern:

- Eine stärkere Regulierung der agrarischen Rohstoffmärkte.
  Unter anderem: Preisaufsicht und Preislimits, Verhinderung exzessiver Spekulation und Positionslimits, Kontrolle der Spekulation der multinationalen Agrarkonzerne, Transaktionssteuer auf Rohstoffterminhandel.
- Die Einberufung eines Treffens des Welternährungsausschuss.
- Eine umfassende finanzielle Verpflichtung reicher Staaten zur Stärkung sozialer Sicherungssysteme im Globalen Süden und der Förderung regionaler kleinbäuerlicher Lebensmittelproduktion und –vermarktung.
- Agrarökologie als ganzheitliches, menschenrechtsbasiertes, transformatives Konzept zur Grundlage der Entwicklungszusammenarbeit in den Bereichen Landwirtschaft und Ernährungssouveränität machen.
- Einen Schuldenerlass für die von Hunger und Armut am meisten betroffene Länder.
- Den Einsatz Deutschlands und der anderen G7 Staaten für eine internationale Koordination zur Bekämpfung der verschärften Hungerkrise im Welternährungsrat.
- Eine deutliche Reduktion des Einsatzes von Getreide als Futtermittel und ein Ende der Produktion von Agrotreibstoff aus Getreide.
- Eine Agrarwende, welche die Methoden des Ökolandbaus und der Agrarökologie als nachhaltigste Praxis anwendet, damit die globale Abhängigkeit von Futtermittel-, Dünger-, und Energieimporten langfristig gesenkt werden kann.
- Hilfsfonds zur Bereitstellung von organischen Düngemitteln und agrarökologische Beratung auflegen, statt Blanko-Subventionen für chemisch-synthetische Düngemittel auszugeben.
- Beschleunigung der Maßnahmen zur Diversifizierung der Nahrungsmittelproduktion und zur
  Umstrukturierung der Handelsströme.
- Aufbau einer relevanten staatlichen Getreidereserve für Krisenzeiten in der EU.
- Die Verringerung der Marktmacht transnationaler Agrarkonzerne durch bessere internationale Regulation, den Abbau von Subventionen, einem konsequenten Phase-out der Förderung von AGRA und anderen Programmen, die vornehmlich agrarindustrielle Landwirtschaft im Globalen Süden fördern.

weitere Antragsteller*innen

Boris Mijatovic (KV Kassel-Stadt); Stephan Wiese (KV Lübeck); Paul Bunjes (KV Kaiserslautern); Bruno Jöbkes (KV Kleve); Birgitta Tremel (Hannover RV); Patrick Motté (KV Krefeld); Marina Ploghaus

(KV Frankfurt); Gisela Sengl (KV Traunstein); Thomas Schlimme (KV Frankfurt); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Phillip Krassnig (KV Kassel-Stadt); Michael Reisner (KV Berlin-Mitte); Rainer Borcherding (KV Schleswig-Flensburg); Ute Laucks (KV Darmstadt); Hedwig Emmerig (KV Berlin-Mitte); Selma Clara Kreibich (KV Berlin-Kreisfrei); Ulrich Kindermann (KV Bonn); Axel Bretzke (KV Wiesbaden); Wolfgang Strengmann-Kuhn (KV Offenbach-Stadt); sowie 71 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.